

# **Visual Library Portal**

**Inhouse-Digitalisierung**

**Schuldnechtschaft!**

**Helfferich, Karl**

**Berlin, 1921**

**urn:nbn:de:s2w-6137**

# Schuldnechtschaft!

# 155 Milliarden

---

jährliche Reichsausgabe

Reichstagsrede am 6. Juli 1921

von

Dr. Helfferich

M. d. R.



Verlag von Georg Stilke, Berlin  
1921

Schriftenreihe der Preussischen Jahrbücher

Nr. 1

# Der Weltkrieg und seine Probleme

Rückschau und Ausblick

von

**Wilhelm Groener**

Generalleutnant 3. D.

Inhalt: 1. Der politische Gedanke vor dem Kriege. 2. Graf Schlieffen und der operative Gedanke. 3. Die staatsmännische Führung im Kriege. 4. Der politische Gedanke und die Kriegsführung. 5. Volkswirtschaft und Kriegsführung. 6. Die englischen Waffen. 7. Die Kriegskonjunktur. 8. Der wirtschaftliche Durchbruch. 9. Millionenheere und Technik. 10. Die feindliche Führung. 11. Der Schlupakt. 12. Remessis.

Ladenpreis broschiert Mf. 14.—, gebunden Mf. 20.—

Nr. 2

# Ostasiatische Pilgerfahrt

Aus dem Tagebuch einer Reise  
nach China und Japan 1908/09

von

**Gerhard von Mutius**

Inhalt: Vorwort — Reise nach China — Reise nach Japan —  
Gedanken über die Japaner — Gedanken über japanische Kunst.

Ladenpreis broschiert 10,— Mf., geb. 17,50 Mf.

Berlin NW. 7. Georg Stille Verlag.

Bei der dritten Beratung des Nachtrages zum Reichshaushaltplan für 1921 am 6. Juli wurde die allgemeine Aussprache durch den Reichskanzler eröffnet, dessen Ausführungen hier im Auszuge wiedergegeben werden. Die Entgegnung des Abgeordneten Dr. Helfferich (D.-Nat.) folgt dahinter im Wortlaut.

### Auszug aus der Rede des Reichskanzlers und Reichsfinanzministers Dr. Wirth.

Reichskanzler Dr. Wirth: Der ordentliche Haushalt weist 48,5 Milliarden Ausgaben auf, darunter 35,8 für eigentliche Reichszwecke, der außerordentliche Haushalt 59 Milliarden, darunter 26,6 für Ausführung des Friedensvertrages. Das andere geht an Zuschüsse für die Betriebsverwaltungen, Lebensmittelzuschüsse usw. Dieser außerordentliche Etat muß so rasch wie möglich abgebaut werden.

Was die 26,6 Milliarden zur Ausführung des Friedensvertrages anlangt, so muß diese Summe zum größten Teil in den Etat der Kontributionen übergehen, der in Zukunft einen laufenden Posten ausmachen wird. Nur soweit wir Entschädigungen zu leisten haben, sind diese als außerordentliche einmalige Ausgaben zu behandeln.

Der dritte Teil des Haushalts, der der Kontributionen, interessiert besonders. Das ist leider keine bestimmte Größe. Wir haben da zwei Unsicherheitsfaktoren, die 26prozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr und dann die Schwankungen der deutschen Valuta. Es ist heute nicht meine Aufgabe, das Reparationsproblem in allen seinen Einzelheiten besonders zu erörtern, ich lasse auch die politisch bedeutsame Frage beiseite, wie wir uns die Goldmark beschaffen werden, die wir als Verpflichtung aus dem Ultimatum abliefern. Aber darüber wird sich doch die ganze Welt klar sein, daß jede Finanzpolitik und Steuerpolitik in dem Augenblick ad absurdum geführt wird, wo die deutsche Reichsmark dauernd dem Abgrund zustürzt (Zustimmung). Da braucht man keinen Finanzminister mehr, sondern einfach einen Referenten aus irgendeiner Kommission, der die Druckerpresse in Bewegung setzt. Mit Rücksicht auf das Schwanken der deutschen Valuta sind gerade unsere Leistungen mit großem Vorbehalt zu beurteilen.

Die Reparationsleistungen sind gegenwärtig gleich 3,3 Milliarden Goldmark zu bewerten. Die Kosten der Besatzung sind auch unsicher. Als Belastung für die deutsche Finanzwirtschaft sind für das laufende Jahr rund 15 Papiermilliarden in den Etat eingestellt. Wie hoch sich die Kosten tatsächlich belaufen werden — es kommen dazu auch noch die Requisitionen in den besetzten Gebieten — wird erst die Entwicklung zeigen. Eine Festsetzung der Besatzungskosten auf eine erträgliche Höhe muß ein Ziel sein, das nicht nur wir anzustreben haben, sondern das die ganze Welt anstreben müßte (Zustimmung). Auch auf der Gegenseite ist ja anerkannt worden, daß die Besatzungskosten einzuschränken sind.

Nun kommt die Umrechnung des Kontributionsetats in Papiermark. Sie kann nur mit größtem Vorbehalt gemacht werden. Zurzeit dürfen wir wohl mit einem Verhältnis von 1:10 rechnen. Unter der Voraussetzung, daß der Geldwert im Innern auf der gegenwärtigen Basis eine gewisse Stabilisierung erfahren wird, daß im Laufe der Zeit der Außenwert des Geldes an den Innenwert heranwachsen wird, wird sich vielleicht alles zusammen jährlich auf 3,3 Milliarden Goldmark, d. h. auf 40 bis 45 Milliarden Papiermark stellen, wobei die Besatzungskosten eingeschlossen sind. Im außerordentlichen Etat bleiben zur Erfüllung des Friedensvertrages 5 Milliarden. 21 Milliarden von 26 sind auf den ordentlichen Haushalt der Kontributionen übernommen.

Nun ist die Frage: Wie soll Deckung gefunden werden? Das grundsätzliche Ziel ist, daß die laufenden Kontributionen aus den laufenden Einnahmen zu decken sind. Das ist das Ziel, dem wir zustreben müssen, und um dessentwegen wir auch vor einer neuen Besteuerung nicht zurückschrecken dürfen. Wir stehen jetzt vor der zweiten Phase der deutschen Finanzreform. In der ersten galt es der Durchführung des Gleichgewichts im inneren ordentlichen Etat. Diese Phase ist gekennzeichnet durch eine Reform der direkten Besteuerung. Nun kommt die Sorge für den Reparationsetat, und hier müssen auch die indirekten Steuern systematisch durchgebaut werden. Trotz der hohen Belastung für das ganze Volk wird man doch mit allem Nachdruck versuchen müssen, auch die indirekten Steuern zu vervollkommen und auszubauen an den Punkten, wo sie noch ausbaufähig sind. Es muß auf diese Weise möglichstes Gleichgewicht zwischen direkter und indirekter Besteuerung herbeigeführt werden, damit die Gesamtheit der Steuern für das deutsche Volk tragbar erscheint.

Was die direkten Steuern, die sogenannten Besitzsteuern anlangt, so handelt es sich um folgendes: Wir müssen zunächst sehen, aus der neuen Einkommensteuer möglichst hohe Erträge herauszuwirtschaften durch Verbesserung der Technik, der Hebung und der Kontrolle.

Weiter ist gedacht an eine „Veredelung“ des Reichsnotopfers. Dazu tritt der Ausbau anderer Steuerarten, so eine starke Erhöhung der Kapitalertragssteuer, eine Aenderung der Besteuerung der Versicherungen und ein Ausbau der Kraftfahrzeugsteuer, auch eine Wettrennststeuer ist vorgesehen. Unter den indirekten Steuern steht vornan die Erhöhung von Zöllen und der Ausbau bestehender indirekter Steuern, so der Kohlen-, Zucker-, Tabak- und Biersteuer, weiter der Ausbau des Branntweinmonopols, der Mineralwassersteuer, der Zündholzsteuer und die Schaffung eines Schießstoffmonopols. Die Veredelung des Reichsnotopfers ist unbedingt erforderlich. Auf diese Weise wird am einfachsten und sachgemähesten die Besteuerung der Realwerte gestaltet werden.

Nun kommt die Frage des Ertrages eines solchen Umbaues des Reichsnotopfers. Die Schätzungen sind außerordentlich schwer. Jedenfalls dürfen wir, wenn wir vorsichtig schätzen, mit mindestens 7 bis 8 Milliarden jährlich rechnen.

Vor einigen Monaten ist das Problem aufgetaucht — das darf ich in diesem Zusammenhang erwähnen — von der Beteiligung der öffentlichen Körperschaften, insbesondere des Reiches, an der Industrie. Dieser Gedanke unterliegt zurzeit in der Reichsregierung der Durcharbeit und Erörterung. Zunächst ist der Teil in Angriff genommen worden, der die Beteiligung an größeren Unternehmungen vorsieht. Diese Beteiligung soll durch Anfall eines Teils der Dividende gesichert werden. Weiter kommt in Frage in diesem Zusammenhang die Besteuerung des Vermögenszuwachses, der allerdings schon durch die frühere Kriegsabgabe und durch das Reichsnotopfer und die Einkommensteuer erfaßt ist. Aber es erscheint doch geboten, den nach dem 31. Juli 1919 oder wenigstens nach dem 31. Dezember 1919 entstandenen Vermögenszuwachs noch durch eine einmalige große Abgabe zu erfassen. Eine sehr bedeutende Vermehrung der Einkommen- und Besitzsteuer erwartet die Finanzverwaltung von einer erheblichen Verbesserung der Steuertechnik. Von der Verbesserung der Veranlagungstechnik erwarten wir ein Mehr von 8 Milliarden gegen das Vorjahr, was zur Voraussetzung hat, daß das Wirtschaftsleben nicht weiteren Störungen ausgesetzt wird und keine weiteren großen Schwankungen im Geldwert eintreten. Eine vorläufige Uebersicht des Reichsfinanzministeriums ergibt, daß nach Durchführung der Steuergesetze wir nach vorsichtiger Schätzung mit etwa 80 Milliarden Gesamtsteuereinnahme rechnen können.

Zwischen den Steuereinnahmen und dem dauernden Bedarf der nächsten Jahre ergibt sich eine nicht unwesentliche Spannung. Diese muß ausgefüllt werden, indem die Kohle nutzbar gemacht wird und andererseits die Frage der steuerlichen Spannung zwischen den Inlandswerten

und Auslandswerten praktisch aufgerollt wird. Man wird um die entsprechende Lösung dieser Frage schwer herumkommen. Der Grundsatz ist: es soll ein Höchstmaß des Ertrages herausgeholt werden, das ohne Störung der Wirtschaft möglich ist (Lachen rechts).

Nach meiner vorsichtigen und vorläufigen Schätzung werden sich die laufenden direkten Steuern insgesamt für die nächsten Jahre auf  $40\frac{1}{2}$  Milliarden stellen. Dazu kommen die einmaligen Einnahmen vom Vermögenszuwachs und von den Nachkriegsgewinnen, für welche letztere vorläufig eine Milliarde angenommen sind. Die indirekten Steuern sollen  $36\frac{1}{4}$  Milliarden ergeben. Nach diesem Programm werden sich  $54\frac{1}{2}\%$  der Einnahmen aus den direkten Steuern ergeben. Zu beachten ist aber auch die Belastung des Besitzes in Ländern und Gemeinden, die vier Milliarden oder noch erheblich höher sein würde. Wir wollen die sozialen Gesichtspunkte und die volkswirtschaftliche Tragfähigkeit berücksichtigen. Gelingt es, die große Mehreinnahme zu schaffen, so ist die Voraussetzung für die dritte Stufe der Finanzreform gegeben, die aber erst in späteren Jahren kommt mit dem Problem der geldlichen Stabilisierung und der Währungsreform.

Das Programm steht erst in großen Umrissen fest. Einzelberatungen werden erst die nächsten Wochen bringen. Dem Reichstag wird die Entscheidung zufallen. Das Ziel ist gegeben, nämlich, daß wir auch den Reparationsetat soweit in unseren Kräften steht, in geordnete Bahnen lenken. Denn die Inflation ist für die Volkswirtschaft schädlicher, als selbst die schwersten indirekten Steuern. Gerade die schwachen Schultern leiden am schärfsten unter der Entwertung des Geldes.

Wir haben den Willen — und ich nehme an, alle Kreise des deutschen Volkes, die eine Rettung unseres Volkes und unseres Staates ernsthaft ins Auge fassen, sind bereitwillig an die Arbeit gegangen — durch Ausbau unseres Steuersystems in Reich, Ländern und Gemeinden Grundlagen zu schaffen für unser eigenes Dasein und für die Verpflichtungen, die uns auferlegt sind. Aber diese Arbeit muß getragen werden von gewissen Voraussetzungen. Diese liegen in einer pfleglichen Behandlung des deutschen Volkes als Staatswesen und der deutschen Wirtschaft (Beifall). Die Garantiekommission hat in einer Note uns geschrieben: „Das Garantiekomitee erkennt die volle Bedeutung an, die eine Festigung der Valuta für die Ausführung der Verpflichtungen gegen die Alliierten hat. Es gibt einen doppelten Faktor zur Befestigung der Mark: Das Gleichgewicht des Budgets und die Einstellungen der Ausgaben von ungedeckten Banknoten (Heiterkeit). Das Garantiekomitee verkennt nicht die Schwierigkeiten, in denen sich die deutsche Regierung befindet; aber es ist der Ansicht, daß die Lage des Budgets eine noch durchgreifendere Reform erfordert, als die mitgeteilten Pläne vorsehen. Die deutsche Regierung muß diese Mittel finden; wenn nicht noch durchgreifendere Reformen vorgenommen werden, so müßten die gegenwärtigen Maßnahmen der Alliierten geändert werden.“ Das ist eine klare Warnung. Wir wollen sie beachten, aber wir dürfen fragen, ob nun auch von der andern Seite jene „Sanktionen“ oder besser Pressionen zum Abbau kommen, die so große Wunden in unsere Volkswirtschaft seit Monaten hineingetragen haben. Ist es nicht geradezu etwas geschichtlich Merkwürdiges, daß man uns große Reformen zuschiebt, während diese Pressionen am Rhein den deutschen Volkskörper schwächen und das Loch im Westen wieder geöffnet wird für Schieberwaren aller Art? Wäre es nicht notwendig, in dem Augenblick, in dem man an uns mit einer solchen Note herantritt, daß man die Wunden verschließt, die man unserm Volkskörper geschlagen hat? Die Politik der „Sanktionen“ der vorigen Monate war geeignet über jede freudige Arbeit einen Mehltau der Erschlaffung und Lähmung zu legen. Soll das deutsche Volk sich am Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft beteiligen, gebe man ihm freien Raum zu ehrlichem Spiel und zur Betätigung seiner Kräfte. Wir haben den ehrlichen Willen; wir erwarten die Antwort von der Gegenseite (Beifall und Händeklatschen).

### Rede des Abgeordneten Dr. Helfferich.

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß es in dem hohen Hause niemand gibt, der nicht den letzten Worten des Herrn Reichskanzlers voll zugestimmt hat. Die Zustimmung wäre vielleicht noch größer gewesen, wenn der Ton noch um einige Grade stärker und schärfer gewesen wäre. (Widerspruch links und bei den Deutschen Demokraten.) Es ist nicht nur, wie der Herr Reichskanzler gesagt hat, eine „geschichtlich merkwürdige Situation“, daß man uns gleichzeitig mit den sogenannten „Sanktionen“, ich sage: mit den unerhörtesten Erpressungen, die die Weltgeschichte je gesehen hat, geißelt und peitscht, und daß man gleichzeitig das Höchstmäß von Leistungen von uns verlangt. (Lebhafte Zurufe links: die Folgen Ihrer Politik! Unruhe und Gegenrufe rechts.) Das ist nicht nur „geschichtlich merkwürdig“, sondern das ist in der ganzen Weltgeschichte seit der Vernichtung Karthagos unerhört. (Stürmische Zwischenrufe links.) Ich wiederhole: Das Bild ist nicht nur „merkwürdig“, — — (Andauernde stürmische Unterbrechungen. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Bell: Meine Herren! Ich bitte um Ruhe. Sie können ja ihre Gegenäußerungen nachher bei der Aussprache vorbringen. (Stürmische Zurufe links.)

Dr. Helfferich: Das Bild ist nicht nur „merkwürdig“, sondern was dem deutschen Volke geschieht, ist unerhört und unerträglich; und daß wir diese Lage als unerhört und unerträglich empfinden — — (Andauernder großer Lärm und Zurufe links. — Glocke des Präsidenten.) Daß wir unsere Lage als unerhört und unerträglich empfinden, das rufe ich hier laut in die ganze Welt hinaus! (Andauernde erregte Zurufe links. — Gegenrufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Bell: Meine Herren, ich muß bitten, doch Ihre Plätze einzunehmen. Es muß hier jede Partei das Recht haben, zu sprechen. (Erregte Zurufe links.) — Nachher kommen Sie ja ebenfalls zum Wort. (Abgeordneter Vogtherr: Der gehört ins Zuchthaus und nicht in den Reichstag!) — Herr Abgeordneter Vogtherr, wegen dieser Aeußerung rufe ich Sie zur Ordnung.

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Sie werden diesen unerhörten Zustand nicht ändern durch Ihre Zurufe, im Gegenteil! (Erneute Zurufe und große Unruhe links. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Bell: Meine Herren, so können wir unmöglich fortfahren und die Geschäfte weiterführen. Das widerspricht jedem parlamentarischen System, einen Redner nicht zu Worte kommen zu lassen. (Andauernde Unterbrechungen links.) — Sie müssen den Herrn Abgeordneten Helfferich genau so reden lassen wie jeden anderen Redner. (Erregte Rufe links:

Nein! Abtreten! — Gegenrufe rechts: Das ist die Freiheit! — Zuruf links: Vor den Staatsgerichtshof! — Große Unruhe und Gegenrufe rechts. — Glocke des Präsidenten.) Jeder Abgeordnete steht hier unter dem Schutze des Präsidenten, sonst ist die Geschäftsführung unmöglich. Ich muß deshalb dringend ersuchen, den Herrn Abgeordneten reden zu lassen. (Andauernde erregte Zurufe links: Kriegsverbrecher! Er muß unter Ihrem Schutze hängen!) — Ich bitte dringend, die unparlamentarischen Zwischenrufe zu unterlassen. Sie kommen nachher ebenfalls zum Wort und haben das Recht, sich gegenüber dem Herrn Abgeordneten Helfferich auszulassen, aber nicht jetzt in der Form von Zwischenrufen. (Zurufe links: Der hat nichts zu sagen!)

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! Der Zustand, den der Herr Reichskanzler beklagt hat und den jeder Deutsche mitbeklagen muß, (Zurufe links: Heuchler! — Unruhe.) wird sich erst ändern, wenn das Ausland sieht, daß das gesamte deutsche Volk, daß auch Sie (nach links) diesen Zustand für unerträglich halten. (Große Unruhe und andauernde Zurufe links: Runter mit ihm! — Gegenrufe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Bell: Meine Damen und Herren! Ich bitte doch dringend um Ruhe. (Rufe links: Nein!) Es ist unmöglich, so die parlamentarischen Arbeiten weiterzuführen. Bedenken Sie doch: die Augen des gesamten Auslandes sind jetzt auf uns gerichtet. So können wir doch nicht weiter arbeiten!

Dr. Helfferich: Meine Damen und Herren! (Andauernde Zurufe links.) Ich komme zu einem Thema, (erneute Unterbrechungen links; — Rufe rechts: Ruhe!) das die Herren wohl weniger aufregen wird. Ich wende mich zu den Zahlen, die der Herr Reichsfinanzminister — der Reichskanzler hat ja als Reichsfinanzminister gesprochen — hier vorgetragen hat. Die Zahlen geben in der Tat ein erschütterndes Bild. (Zurufe links: Daran sind Sie schuld!) Aber so erschütternd dieses Bild auch sein mag, so geben diese Zahlen noch nicht einmal den vollen Umfang der Finanzmisere, in der wir sind und in die wir weiter und weiter kommen werden durch das Ultimatum. (Andauernde stürmische Zurufe links: Ihre Schuld! Unruhe rechts. — Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Bell: Meine Herren, das können Sie ja alles nachher bei der Aussprache sagen. (Stürmischer Widerspruch links.) — Dasselbe Recht, das Sie für sich in Anspruch nehmen, müssen Sie auch jeder andern Partei unter dem parlamentarischen System zubilligen.

Herr Abgeordneter Dr. Helfferich, ich bitte, fortzufahren.

Dr. Helfferich: Der Herr Reichskanzler hat die Ausgaben des Reichsetats, wie er sich auf Grund des jetzt zur dritten Lesung stehenden Nachtragsetats stellt, auf 108 Mil-

liarden rund — die Zahl wird wohl stimmen — beziffert. Von diesen 108 Milliarden Mark entfallen nach den Zahlen, die der Herr Reichskanzler genannt hat, 26 Milliarden auf die Durchführung des Friedensvertrages. Ich habe mir 23 Milliarden herausgerechnet. Aber es kommt bei der Lage, in der wir sind, leider Gottes auf eine Hand voll Milliarden kaum mehr an: Sagen wir also 26 Milliarden! Es bleibt dann für den sogenannten „inneren Etat“, von dem in der letzten Zeit soviel die Rede ist, also für die Befriedigung der inneren Bedürfnisse ohne Ausführung des Friedensvertrages, eine Ausgabesumme von 82 Milliarden Mark übrig. (Zuruf links: Durch Ihre Schuld! — Lachen und Gegenrufe rechts.)

Diesen Ausgaben stehen gegenüber Einnahmen im ordentlichen Etat von etwas mehr als 44 Milliarden Mark und im außerordentlichen Etat etwas über 10 Milliarden; — Hauptposten: das Reichsnotopfer! Das sind zusammen nahezu 55 Milliarden Mark. Wenn Sie diese 55 Milliarden von den 108 Milliarden Mark herunterrechnen, so kommen Sie auf ein Defizit von 53 Milliarden Mark. So stellt sich heute auf Grund des Nachtragsetats, der Ihnen vorliegt, mit wenigen Zahlen die Bilanz des Deutschen Reiches.

Und nun bitte ich Sie, zu beachten, welche Steigerung diese Ausgaben durch das Ultimatum erfahren. Da kann ich dem Herrn Reichskanzler und Reichsfinanzminister nicht ganz folgen. Herr Reichskanzler, ich bitte mich zu kontrollieren und mich eventuell richtig zu stellen, wenn ich irre. (Zurufe links.) Das Ultimatum legt uns als Dauerleistungen auf: 2 Milliarden in Goldmark an fester Annuität, dazu die bekannten 26 Prozent der Ausfuhr, die bei dem jetzigen Stande der Ausfuhr etwa 1,3 Milliarden ausmachen, zusammen 3,3 Milliarden Goldmark; und das nicht für einmal, nicht für eine beschränkte Zahl von Jahren, sondern für eine Zeit, die kaum abzumessen ist. Wenn nicht durch eine Steigerung der Ausfuhr diese an sich schon gewaltige Last von 3,3 Milliarden Goldmark automatisch noch eine Steigerung erfährt, so werden wir, um die 132 Milliarden Goldmark Kapitalschuld abzutragen, rund 100 Jahre an diesen Abzahlungen zu tragen haben. (Hört! Hört! rechts. — Zurufe links.) Der Herr Reichsfinanzminister hat also vollkommen recht, wenn er sagt: das sind Ausgaben, die wir für die Zukunft in den ordentlichen Etat einstellen müssen, für die wir sofort für Deckung sorgen müssen.

Zu den 3,3 Milliarden Goldmark kommen hinzu die Besatzungskosten. Diese stellen sich nach dem Voranschlag auf, ich glaube, etwas mehr als 8 Milliarden Papiermark für dieses Jahr. Ich habe mich gewundert darüber, daß sie so niedrig beziffert worden sind. Im vorigen Jahr waren 15 Milliarden eingesezt. Wir haben ja noch nicht den Rechnungsabschluß; aber

nach allem, was wir gehört haben, sind diese 15 Milliarden erheblich überschritten worden. Ich fürchte — und ich glaube, der Herr Reichsfinanzminister wird nicht widersprechen —: die 8 Milliarden in diesem Jahre werden erst recht erheblich überschritten werden, insbesondere dann, wenn die Entente das verwirklicht, was sie angekündigt hat, nämlich uns nicht nur für die Kosten der Okkupation von Düsseldorf, Ruhrort usw. haftbar zu machen, sondern auch für die Kosten des Aufstandes in Oberschlesien. (Hört! Hört! rechts.) Dann werden die 8 Milliarden auch nicht zur Hälfte ausreichen, ja nicht einmal zu einem Drittel, um diesen Posten zu decken.

Es sind seinerzeit bei den Vorverhandlungen zwischen den Alliierten in Versailles nach dem Buche, das Herr Tardieu vor einiger Zeit über den Frieden veröffentlicht hat, zwischen Engländern, Amerikanern, Italienern und Franzosen bindende Abmachungen getroffen worden, daß, wenn Deutschland den Friedensvertrag unterzeichnet hat und die Friedensbedingungen ausführt, die Besatzungskosten auf 12 Millionen Pfund jährlich reduziert werden sollen. (Hört! Hört! rechts.) Das sind 240 Millionen Goldmark pro Jahr, beim Kurse von 15 Papiermark für eine Goldmark 3,6 Milliarden Papiermark. (Hört! Hört! bei den Deutschen.) Statt dessen haben wir Leistungen für die Besetzung zu bewirken, die vielleicht an das Zehnfache, jedenfalls an das Sieben- bis Achtfache dieser Summen herankommen. (Hört! Hört! rechts.) Ich möchte die Reichsregierung bitten, mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen, wenigstens in diesem Punkt den Standpunkt, den ihr das Ultimatum gegenüber den Alliierten gegeben hat, auszunützen. Ich möchte sie bitten, von den Alliierten zu verlangen, daß die Besatzungskosten mindestens auf dieses Maß, das immer noch eine horrende Summe für das ausgeplünderte und ausgefogene deutsche Volk bedeutet, auf diese Zahl, die schon vor mehr als zwei Jahren unter den Alliierten vereinbart worden ist, endlich herabgesetzt werden. (Sehr richtig! rechts.) Solange das aber nicht geschehen ist, werden wir für Besatzungskosten in unsere Bilanz eine Milliarde Goldmark, wie ich fürchte, einstellen müssen. Dazu kommt ein weiterer Posten: die Zahlungen des Reiches aus dem Ausgleichsverkehr. Ich habe mir erlaubt, im Hauptausschuß an die Vertreter des Wiederaufbauministeriums die Frage zu richten, wie hoch diese Ausgleichszahlungen sind? Sie sind gegenwärtig pauschaliert auf Grund einer Abmachung mit den Alliierten. Sie betragen jetzt Monat für Monat und wohl noch für lange Zeit 2 Millionen Pfund Sterling. Das sind im Jahre 24 Millionen Pfund Sterling, also rund eine halbe Milliarde Goldmark. Aus den drei Posten: 3,3 Milliarden Annuitäten aus dem Ultimatum, eine

Milliarde Besatzungskosten, eine halbe Milliarde für Ausgleichszahlungen komme ich auf 4,8 Milliarden Goldmark Jahresbelastung. Wenn ich mit 15 multipliziere — und der Kurs von 15 Papiermark gleich einer Goldmark ist noch zu gering; nach dem heutigen Dollarkurs wären 17—18 Papiermark gleich einer Goldmark —, so ergibt sich für die Durchführung des Friedensvertrags und des Ultimatums eine jährliche Belastung von nicht weniger als 72 Milliarden Papiermark. (Hört! Hört! rechts.) Diese stelle ich den 40 bis 45 Milliarden Papiermark gegenüber, von denen der Herr Reichskanzler gesprochen hat. Wenn wir vor uns selbst ehrlich sein wollen, wenn wir uns selbst ein klares Bild machen wollen, müssen wir nicht 40 bis 45 Milliarden, sondern nach meiner Ansicht rund 70 Milliarden, 72 Milliarden Papiermark einsetzen. (Zuruf vom Regierungstisch.) — Die Ausgleichszahlungen gehen noch einige Jahre weiter, und wir wollen uns zunächst an das nächste halten. Dieser Posten wird später in Wegfall kommen; das wird dann eine gewisse Erleichterung bedeuten; aber zunächst müssen wir damit rechnen, daß die Ausführung des Friedensvertrages, das Budget der Reparationen, wie es der Herr Reichskanzler genannt hat, unserm inneren Etat, den ich vorhin auf 82 Milliarden beziffert habe, noch mindestens 72 Milliarden Ausgaben hinzufügt. Damit kommen wir zu einer Gesamtlast der Jahresausgaben des Reichs von rund 155 Milliarden Papiermark (hört! hört! rechts) — immer unter der unwahrscheinlichen Voraussetzung, daß der Kurs unserer Papiermark nicht noch weiter zurückgeht. Unsere gesamten Einnahmen, einschließlich der außerordentlichen, einschließlich des Notopfers, von dem sehr erhebliche Beträge jetzt infolge der Beschleunigung der Einnahmen eingegangen sind, beziffern sich heute — ich erwähnte die Zahl vorhin — auf 55 Milliarden Papiermark. Das ist nicht viel mehr als ein Drittel dessen, was in Zukunft zu beschaffen sein wird, was für die nächsten Jahre zu beschaffen sein wird.

Das ist eine Seite der Frage! Das ist Papierbilanz, wie ich sie mal nennen will, und schon die Durchführung dieser Papierbilanz erachte ich für eine Unmöglichkeit. (Sehr richtig! rechts.) Der Herr Reichskanzler hat dann von den neuen Steuern gesprochen, die er schaffen will. Ich weiß nicht, ob er neue und alte Steuern zusammengerechnet hat; es war nicht so schnell mitzukommen, er hat heute auch etwas schneller gesprochen als sonst. Ich weiß also nicht, ob die 80 Milliarden, die er genannt hat, das sein soll, was neu hinzukommt oder das Gesamtaufkommen. (Zuruf vom Ministertisch.) — Das künftige Gesamtaufkommen einschließlich der bestehenden Steuern? (Zustimmung vom Ministertisch.) Dieses Gesamtaufkommen von 80 Milliarden einschließlich der bestehenden

Steuern würde also in Zukunft einem Ausgabebedarf von rund 155 Milliarden gegenüberstehen, also ein Defizit von ungefähr 75 Milliarden hinterlassen. Und, meine Damen und Herren, das ist kein Wunder. Keine direkten und keine indirekten Steuern — wenn nicht eine noch weitere Entwertung der Mark eintritt, der wir dann nachlaufen müssen, die die Sache nicht bessert, sondern verschlimmert — kein Anziehen der Steuer-schraube kann aus dem deutschen Volke den Betrag von 155 Milliarden oder auch nur einen annähernden Betrag herauspressen. Das ist einfach nicht möglich.

Nehmen Sie zunächst die direkten Steuern! Ich will gar nicht auf die Einzelheiten eingehen, von denen der Herr Reichskanzler sprach. Der Herr Abgeordnete Trimborn hat durchaus das Richtige getroffen: über so weitgehende Steuervorlagen kann man erst urteilen, wenn man sie genau vor sich sieht, wenn man genau weiß, was vorgeschlagen wird. Trotzdem ist es wichtig, daß wir uns heute über diese Dinge unterhalten. Denn wenn wir jetzt in die Ferien gehen, so nehme ich an, daß wir alle — darin werden auch Sie (nach links) mir zustimmen — bedrückt hinausgehen, bedrückt über die ungeheure Last, die auf unserm Volke liegt. (Zurufe und Unruhe links.) Auch Sie werden Ihren Kopf anstrengen müssen. (Lebhafte Zurufe links: Sie haben es verschuldet! Die Kriegsschulden muß der Verlierer nach sich tragen! Bleigewicht!) Ich für meine Person mache mir folgenden Gedankengang zurecht und ich glaube nicht, daß diesem Gedankengang widersprochen werden kann.

Die 55 Milliarden, die wir heute einschließlich der außerordentlichen Einnahmen im Reiche aufbringen, bestehen zu einem ganz großen Teil bereits heute aus direkten Steuern. Im letzten Jahre sind, wenn ich die Zahlen recht im Gedächtnis habe, rund 33 Milliarden aus direkten Steuern und Verkehrssteuern aufgekomen; aus direkten Steuern einschließlich der Reichsstempelabgabe, aber ohne Umsatzsteuern und ähnliches, rund 25 Milliarden, gegen rund 13 Milliarden aus Verbrauchssteuern und Zöllen, einschließlich der Ausfuhrabgaben. Also heute schon eine Anspannung der direkten Steuern, die ja auch den Herrn Reichskanzler vor einem halben Jahre zu dem Ausspruch veranlaßt hat, daß hier ein weiteres Anziehen der Steuer-schraube nicht möglich sei, daß in gewisser Beziehung eine Revision, ein Abbau stattfinden müsse. Er hat auch eingesetzt. Wir haben uns genötigt gesehen, für die kleineren und mittleren Einkommen — für das, was man heute noch kleine und mittlere Einkommen nennt! — Entlastungen eintreten zu lassen. Also heute schon 25 Milliarden direkter Steuern! Und wie zustande gekommen? Durch Steuerfäße, die auf eine irgendwie längere Dauer für

kein Volk erträglich sind. Jede Steuer ist schließlich tragbar, solange sie aus dem Einkommen, das Jahr für Jahr erzielt wird, bezahlt werden kann und solange dann noch soviel übrig bleibt, daß eine Neubildung von Kapital möglich ist, die dem natürlichen Zuwachs eines Volks entspricht. (Sehr wahr! rechts.) Diese Grenze ist bei uns heute schon überschritten. (Sehr richtig! rechts.) Das Notopfer ist durchgestaffelt bis zu 65 Prozent der Vermögen. Die Einkommensteuer ist durchgestaffelt bis 60 Prozent der Einkommen. Die Erbschaftssteuer ist schon für Kinder und Ehegatten durchgestaffelt anscheinend nur bis 35 Prozent, in Wirklichkeit ist sie durchgestaffelt bis 70 Prozent. Denn wenn der Erbe bereits Vermögen besitzt, dann kommen Zuschläge hinzu, die sehr bald den vollen Betrag der eigentlichen Steuer erreichen, also einer Verdoppelung gleichkommen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: In diesem Falle ist sie volkswirtschaftlich nützlich!) — Das ist Ihre Ansicht, Herr Abgeordneter Keil! Ueber diese Ansicht werde ich später gern mit Ihnen diskutieren. Heute handelt es sich nur um ein objektives Bild über die ganze Sachlage; und da stelle ich fest, daß heute schon die Erbanfallsteuer, die nach einer Andeutung des Herrn Reichskanzlers noch weiter ausgebaut werden soll, sogar bei Kindern und Ehegatten bis auf 70 Prozent der Erbschaften durchgestaffelt ist.

Meine Damen und Herren, Sie können gewiß das Notopfer noch weiter schrauben, können die Einkommensteuer noch weiter erhöhen, auch die Erbschaftssteuer noch weiter hinausschieben. Was Sie damit für ein volkswirtschaftliches Unglück anrichten, darüber wollen wir, wie gesagt, heute nicht diskutieren. Aber eins ist sicher: Sie können das Notopfer nicht verdoppeln, denn 130 Prozent von seinem Vermögen kann auch der reichste Mann nicht bezahlen. (Sehr richtig! und Heiterkeit rechts.) Sie können die Erbschaftssteuer nicht verdoppeln, denn 140 Prozent von der Erbschaft kann der reichste Mann nicht bezahlen. (Erneute Zustimmung und Heiterkeit rechts. — Zuruf rechts: Ein sozialdemokratischer Antrag lag vor!) — Ja, dann nehmen die Herren das aus dem Blau des Himmels heraus, wenn es ihnen auf der Erde fehlt. — Sie können die Einkommensteuer, wenn Sie nicht über eine Konfiskation der Einkommen noch hinausgehen wollen, gleichfalls nicht verdoppeln. Wenn Sie 120 Prozent vom Einkommen erheben, hat der Mann nichts zum Leben, und zweitens wird seine Vermögenssubstanz angegriffen und sehr bald aufgezehrt.

Ich überlasse es dem Urteil der Herren hier (zur Linken), ob Sie glauben, daß unsere indirekten Steuern ohne die schwersten Schädigungen von 12 bis 13 Milliarden, die sie heute erbringen, auf den Betrag von nahezu 40 Milliarden hinaufgebracht werden können, von dem heute der Herr Reichsfinanz-

minister sprach. Machen Sie die Division mit 60 Millionen deutschen Einwohnern, sehen Sie, was auf den Kopf kommt! (Zuruf von der äußersten Linken: Sie kritisieren Ihre eigene Politik! Sie sind an allem schuld!) — Sie sagen immer dasselbe! Ich dachte hier im Deutschen Reichstag, nicht in einem Papageihaus zu sein. (Zurufe links und Gegenrufe rechts.)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie eine andere Relation, aus der Sie die Unmöglichkeit ersehen werden, hier zu Rande zu kommen. Nicht ein deutscher Sachverständiger, sondern, soviel ich weiß, die alliierten Sachverständigen haben das durchschnittliche Einkommen in Deutschland pro Kopf der Bevölkerung bei der Brüsseler Konferenz auf 3900 Mark geschätzt. Machen Sie die Multiplikation mit 60, dann kommen Sie auf ein Volkseinkommen von ungefähr 230 Milliarden. Von diesen 230 Milliarden sollen 155 Milliarden Steuern, also zwei Drittel! — erhoben und zum großen Teil an die Entente abgeführt werden. Ist das eine Möglichkeit? (Lebhafte Rufe rechts: Nein!) Das ist für das deutsche Volk unmöglich! Das wäre für jedes andere Volk unmöglich! Denn das, was übrig bliebe, wenn nach den richtigen und vernünftigen Grundsätzen, die der Herr Reichsfinanzminister aufgestellt hat, die dauernden Lasten durch laufende Steuern erhoben werden, — was dann dem deutschen Volke übrig bliebe, das ist nicht genug zum Leben, ist aber gerade genug zum Sterben. (Lebhafte Zustimmung rechts. — Zurufe links.)

Ich sage also: schon die Papierbilanz beweist, daß an die Durchführung dieser Steuern, an die Deckung des Ultimatums aus Einnahmen des deutschen Volkes überhaupt nicht zu denken ist. (Zuruf links: Bitte, geben Sie andere Mittel an!) — Lassen Sie mich ruhig zu Ende reden. (Zuruf rechts: Es gibt eben keine anderen Mittel!) — Sie (nach links) hätten vielleicht schon gehört, was ich zu diesem Punkte zu sagen habe, wenn Sie mich vorhin nicht fortgesetzt unterbrochen hätten. Also zügeln Sie, bitte, Ihre Ungeduld. —

Ich fahre im Text dessen, was ich auszuführen habe, weiter fort. (Zuruf links: Milchmädchenrechnung!) — Wir wären alle sehr glücklich, wenn es sich nur um eine Milchmädchenrechnung handeln würde. —

Meine Damen und Herren! Wie sieht nun aber die Goldbilanz aus, in der die wahren Ziffern des „Budgets der Reparationen“ stehen? — Einmal die Goldbilanz des Deutschen Reiches, unserer staatlichen Organisation. Da muß ich auf die Zahlen zurückgreifen, die ich vorhin nannte: zunächst 3,3 Milliarden Jahreszahlung für das Ultimatum; dann die Besatzungskosten, die ich augenblicklich nicht niedriger als eine Milliarde im Jahr veranschlagen kann. Ich

will annehmen, daß davon für Gold und ähnliches, was an die Alliierten in bar zu zahlen ist, 300 Millionen Goldmark gezahlt werden müssen; das ist niedrig veranschlagt; es ist in Wirklichkeit wahrscheinlich erheblich mehr. Dann kommen wir auf 3,6 Milliarden. Dazu kommen die rund 500 Millionen Goldmark für die Ausgleichszahlungen. So gelangen wir auf mehr als 4 Milliarden Goldmark, die das Deutsche Reich in Ausführung des Friedensvertrages heute und wenigstens noch für einige Zeit an die Alliierten zu zahlen hat. Das ist die Goldbilanz des Reiches.

Aber zu dieser Goldbilanz des Reiches kommt für das deutsche Volk und seine Wirtschaft noch ein anderer Posten hinzu. Zu dieser Goldbilanz des Reiches kommt noch der Passivsaldo der Zahlungsbilanz der deutschen Volkswirtschaft. Wie sieht dieser Passivsaldo aus? Unsere Ausfuhr stellt sich nach der letzten Zahl, die bekannt ist, auf rund 5 Milliarden Goldmark; unsere Einfuhr kommt auf 7,5 Milliarden Goldmark. Unsere Handelsbilanz ergibt also ein Defizit von  $2\frac{1}{2}$  Milliarden Goldmark. Aber damit nicht genug. Wir waren vor dem Kriege ein Gläubigerland. Wir bezogen aus dem Auslande Zinsen aus fremden Wertpapieren, Erträgnisse aus Kapitalanlagen im Auslande und ähnlichen Dingen mehr. Wir bezogen sehr erhebliche Einkünfte, mehrere Hundert Millionen Mark, aus unserer Schiffahrt, die verschwunden ist. Alle diese Aktivposten unserer Zahlungsbilanz sind durch den Frieden von Versailles weggelöscht. Dazu kommt ein weiteres. Schon im Kriege hat sich die deutsche Volkswirtschaft an die ausländischen Volkswirtschaften verschulden müssen. Das hat nach dem Kriege, in der Revolution und bis zum heutigen Tage Fortschritte gemacht und macht jeden Tag weitere Fortschritte. Womit bezahlen wir heute den Fehlbetrag unserer Handelsbilanz? Wir bezahlen ihn durch Schulden. (Zuruf links: Wie Sie im Kriege!) Das ist, wenn man sich auf einen Dauerzustand von 100 Jahren einrichtet, eine Unmöglichkeit. (Sehr richtig! rechts!) Wir müssen damit rechnen, daß heute bereits unsere Verschuldung nach dem Auslande — und ich glaube auch hier nicht, daß der Herr Reichsfinanzminister mir widerspricht — beträchtlich mehr als 20 Milliarden Goldmark beträgt. (Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Das ist schwer zu schätzen!) — Gewiß, es ist schwer zu schätzen; aber ich weise darauf hin: es handelt sich nicht nur um die gewaltigen Kredite, die wir im Auslande aufgenommen haben, sondern es sind auch ungeheure Beträge, die in Form von ausländischen Krediten in den verschiedensten Formen heute schon im Inlande bestehen und für deren Verzinsung und eventuelle Rückzahlung die Gegenwerte in ausländischen Devisen, d. h. in Gold, nach dem Auslande remittiert werden müssen. Ich mache aufmerksam auf den Bericht einer

unserer Großbanken, auf den Bericht der Dresdner Bank, in dem ausgeführt wird, daß von den Kreditoren dieses Instituts, die mehr als 11 Milliarden Papiermark betragen, mehr als ein Viertel auf ausländische Gläubiger entfällt. Ich glaube nicht, daß die Dresdner Bank das hervorgehoben hätte, wenn sie der Ueberzeugung wäre, daß diese Zahl aus dem Rahmen herausfällt. Diese Dinge bezeichnen den Zustand unserer ganzen Wirtschaft. Deswegen glaube ich: der Betrag von 20 Milliarden Goldmark Verschuldung an das Ausland ist nicht zu hoch, sondern eher zu niedrig gegriffen. Wenn Sie nun davon nur 5 Prozent Zinsen rechnen, so ist das eine Belastung unserer Zahlungsbilanz um eine weitere Milliarde Goldmark. Wenn Sie sich aber erkundigen, wieviel Zinsen heute an das Ausland tatsächlich gezahlt werden müssen, so kommen wir leicht auf den doppelten Betrag. Ich will nur eine Milliarde zuschlagen. Rechnen Sie das hinzu, schlagen Sie das zu den 2½ Milliarden Defizit unserer Handelsbilanz, das heute besteht, so kommen Sie auf 3½ Milliarden; und diese Summe hinzugerechnet zu den 4 Milliarden, die vom Reiche an die Ententestaaten zu bewirkender Goldleistungen, ergibt einen Gesamtfehlbetrag der deutschen Goldbilanz von jährlich 7½ Milliarden Goldmark. — Da frage ich: Wo ist der Zauberstab, mit dem das Papier, das Sie allein auch mit der schärfsten Anziehung der Steuer-schraube aus Deutschland nicht herausholen können, — wo ist der Zauberstab, der dieses Papier in Gold umwandelt? Ich kenne diesen Zauberstab nicht.

Meine Damen und Herren! Wir wollen doch auch in diesem Punkte absolut klar sehen; und weil wir das wollen, deshalb bedaure ich gewisse Veröffentlichungen, die in letzter Zeit hinausgegangen sind und die über diese wichtige Frage eine starke Unklarheit verbreitet haben; natürlich nicht absichtlich, das nehme ich nicht an.

Ich komme damit auf die augenblickliche Situation und die Frage, wie es überhaupt in der nächsten Zeit mit unseren Zahlungen an das Ausland werden soll. Den Damen und Herren ist bekannt, daß wir bei Unterzeichnung des Ultimatums innerhalb einer ganz kurzen Frist einen Wechsel auf eine Milliarde Goldmark an die Ententestaaten gegeben haben, der am 31. August dieses Jahres fällig ist und eingelöst werden muß. Dann kommen vom Ende dieses Jahres ab die regelmäßigen Zahlungen, die wir in acht von den zwölf Monaten des Jahres zu erfüllen haben. Sie betragen am 15. November zum erstenmal ein Viertel der 26-prozentigen Exportabgabe, also ungefähr 330 Millionen Mark. Es kommt dann am 15. Januar 1922 zum erstenmal eine Zahlung von 500 Millionen Goldmark, ein Viertel der festen Annuität von 2 Milliarden Goldmark; dann am 15. Februar

wieder ein Viertel der Exportabgabe mit 330 Millionen Gold. Dann kommen am 15. April wieder die 500 Millionen Gold. Und so wickelt sich das Monat für Monat weiter ab. In jedem Jahre werden wir in acht Monaten diese gewaltigen Goldzahlungen an das Ausland aufzubringen haben, — soweit nicht Sachleistungen eintreten, soweit nicht Sachleistungen einen Teil der Goldleistungen ablösen.

Und da wollen wir uns nun einmal ein ungeschminktes Bild machen, wie die Dinge aussehen. In der Oeffentlichkeit begegne ich immer dem Eindruck, die erste Milliarde, die wir nach dem Ultimatum für den 31. August dieses Jahres schulden, sei bereits bezahlt. Das steht sogar in dem Communiqué der Garantiekommision. Ja, bezahlt ist sie durch die Hingabe von Wechseln, die am 31. August d. J. fällig werden. (Zuruf von den Deutschen Demokraten: So sagt jeder Kaufmann!) — Ja, so sagt jeder Kaufmann, und der Kaufmann versteht es richtig. Aber Sie werden mir zugeben, Herr Kollege Petersen: für das große Publikum ist es ein Mißverständnis; und daß dieses Mißverständnis auch bei vielen Leuten besteht, die kaufmännisch denken können, davon habe ich in den letzten Wochen oft Gelegenheit gehabt, mich zu überzeugen. In Wirklichkeit ist bisher dieser Betrag, der am 31. August fällig ist, nur mit 244 Millionen Gold bezahlt. Also von dieser einen Milliarde, die in der Vorstellung unseres Publikums bezahlt ist, müssen bis zum Verfalltage, dem 31. August, noch 756 Millionen Goldmark beschafft werden. (Hört! Hört! rechts.) Es ist heute von der Unterzeichnung des Ultimatus an bis zum 31. August ungefähr die Hälfte der Zeit verfloßen, und trotzdem sind erst 244 Millionen auf die Milliarde abgedeckt, also nur ein Viertel. Die übrigen drei Viertel haben wir in der zweiten Hälfte der Zeit noch aufzubringen.

Nun stand bereits in den Zeitungen zu lesen: wenn diese Milliarde bezahlt sei, würden wir bis zum 1. Mai nächsten Jahres nur noch 300 Millionen Goldmark weiter aufzubringen haben, das übrige werde durch Sachleistungen abgedeckt werden. Die ersten Nachrichten lauteten sehr bestimmt, die folgenden brachten dann schon die Einschränkung, das verstehe sich unter der Voraussetzung, daß der Rest durch Sachleistungen gedeckt werde. Nun werden Sie zugeben, daß es für eine Regierung nichts Gefährlicheres gibt, als draußen solche Vorstellungen zu erwecken, die sehr bald in die Brüche gehen müssen. (Sehr richtig! rechts.) Deswegen möchte ich gerade in diesem Punkte den Herrn Reichsfinanzminister um eine ergänzende Aufklärung bitten. Meine Rechnung ist folgende:

Wir haben insgesamt bis zum 1. Mai nächsten Jahres, „dem ersten Reparationsjahre“, wie die Garantiekommision

sagt, aufzubringen: 2660 Millionen Goldmark. Davon sind bisher in bar gezahlt 244 Millionen, aber ich will einmal annehmen, die erste Milliarde sei bereits voll gezahlt oder ihre Zahlung sei sichergestellt; dann würden sich die 2660 Millionen Goldmark auf 1660 Millionen verringern. Wenn auf diese 1660 Millionen nur noch eine Goldzahlung von 300 Millionen erforderlich sein soll, dann müßten also durch Sachleistungen abgedeckt werden 1360 Millionen Mark.

Nun frage ich: Wo sind die Sachleistungen, die diesen Betrag abdecken könnten? Der weitaus wichtigste Posten ist die Kohle. Zwei Mill. Tonnen pro Monat sollen geliefert werden, das macht 24 Millionen Tonnen im Jahre; und wenn ich einen Preis von 20 Goldmark für die Tonne, der wohl eher zu hoch als zu niedrig gegriffen ist, zugrunde lege, so würde das auf 480 Millionen oder rund 500 Millionen Goldmark hinauslaufen. Diese 500 Millionen will ich abrechnen von den 1360 Millionen. Dann bleibt immer noch ein ungedeckter Fehlbetrag von 860 Millionen. Ich sehe nicht, woher die Deckung für diesen Fehlbetrag kommen soll.

„Die Exportabgabe von England“ wurde mir vorhin zugerufen. Das sind die 26 Prozent, die England von unserer Ausfuhr nach England erhebt. Wir haben nun alle in der Presse gelesen — auch in der englischen Presse steht es —, daß seit Einführung dieser Importabgabe der Wert der deutschen Einfuhr nach England ganz außerordentlich zurückgegangen ist. Wenn nun aber diese Einfuhrabgabe in England tatsächlich nahezu eine Milliarde Goldmark ergeben sollte, dann würde das ja heißen, daß unser Export allein nach England dem Betrag von 4 Milliarden Goldmark nahekommen müßte bei einem Gesamtexport von 5 Milliarden im letzten Jahre! Das ist natürlich nicht möglich. Also hier kann die Abdeckung auch nicht gefunden werden.

Es fragt sich nun, weche anderen Sachleistungen möglich sind. Damit komme ich auf das sehr traurige Kapitel der Sachleistungen. Ich schicke voraus: — Man mag zu der Frage der Annahme des Ultimatums stehen, wie man will. Aber nachdem es angenommen ist — das bekenne ich ausdrücklich —, haben wir alle die Pflicht, und Schuldigkeit zu tun, was wir können, um zu zeigen, daß wir guten Willen haben. Ich bin von der Unmöglichkeit, das Ultimatum auch nur für irgendwelche längere Zeit zu erfüllen, überzeugt. Aber in bezug auf die Notwendigkeit, den guten Willen zu zeigen, besteht im Hause, glaube ich, keine Meinungsverschiedenheit. Guten Willen können wir nicht zeigen mit Gold, das wir nicht haben. Die Alchemie ist noch nicht soweit vorgeschritten, daß wir unser Papier in Gold ver-

wandeln können. Guten Willen können wir nur zeigen in Sachleistungen. Was ist nun da erreicht worden?

Die Sachleistungen sind nicht nur von unserem guten Willen abhängig, sondern auch von dem guten Willen der anderen. (Sehr richtig!) Und was ist das Produkt des zweifellosen guten Willens bei uns und des Willens auf der anderen Seite, den ich durch kein Prädikat näher bezeichnen will? Was ist die Resultante aus diesem Kräfteparallelogramm?

Der Friedensvertrag sieht vor, daß die Entente ihre Warenforderungen bei uns in Form von Listen anmelden soll. Diese Listen sind auch eingereicht worden. Der Gesamtwert der Objekte, die da von der Entente gefordert werden, betrug mehr als 10 Milliarden Goldmark. Aber als die Liste hier in Bearbeitung genommen wurde, stellte sich heraus, daß die verlangten Sachen zum großen Teil nicht lieferbar waren. Mir ist gesagt worden, daß Dinge verlangt worden sind wie etwa „7000 Meter Transmissionen“. (Heiterkeit.) Ich bitte die Herren, die einigermaßen in der Technik Bescheid wissen, zu sagen, was sie sich darunter vorstellen sollen. Weiter wurden Dinge verlangt, wie große Mengen von Baumwolle, Kupfer und ähnlichen Sachen, die wir gar nicht liefern können. Als die Sichtung vollendet war, konnte unser Wiederaufbaumministerium nur Vorschläge im Werte von 10 Milliarden Papiermark, nicht Goldmark, machen. (Hört! Hört! rechts.) Was ist nun aus den Verhandlungen, die darüber geführt worden sind, herausgekommen? — Bis jetzt im ganzen Bestellungen in Höhe von nur 500 Millionen Papiermark! (Hört! Hört! rechts.) Und was ist bisher davon ausgeführt worden? Nur für 100 Millionen Papiermark; und wenn Sie hier die Umrechnung in Goldmark zum heutigen Kurse vornehmen, so sind danach bisher knapp 6 Millionen Goldmark im Wege dieser Sachleistungen erfüllt worden, — außer Kohle, wie ich schon gesagt habe, und vielleicht Holz. Das ist eine Summe, die nur einen ganz verschwindenden Teil, noch nicht einmal ein Fünftel Prozent dessen ausmacht, was wir jährlich zu leisten haben!

Ich spreche die Hoffnung aus, daß es in den Verhandlungen, die jetzt eingeleitet sind, endlich gelingen möchte, diese Frage der Sachlieferungen in Fluß zu bringen. Aber wenn auch mit Herrn Dr. Rathenau ein Engel vom Himmel heruntergestiegen wäre, das wird er nicht zu Wege bringen nach allem, was wir bisher erlebt haben, daß in der kurzen Zeit, die bis zum 1. Mai zur Verfügung steht, nicht nur Verträge abgeschlossen, sondern auch Lieferungen bewirkt werden in dem Werte, wie er uns in den von mir bezeichneten Veröffentlichungen als wahrscheinlich bereits gedeckt präsentiert worden ist. Das halte ich für gänzlich ausgeschlossen. Darum wäre ich

dankebar, wenn uns über diesen Punkt, der von außerordentlicher Wichtigkeit ist, Mitteilungen gemacht werden würden.

Alle diese Fragen stehen in engstem Zusammenhang mit der Entwicklung unseres Devisenmarktes. Der Herr Reichskanzler hat mit Recht hervorgehoben, daß alles davon abhängt, daß es endlich gelingt, die Mark zu stabilisieren. Er hat darauf hingewiesen, daß die Garantiekommision selbst anerkannt hat, daß dasjenige, was man von Deutschland verlangt, gar nicht erfüllbar ist, wenn die Mark ihren Rückgang fortsetzt. Er hat darauf hingewiesen, daß daraus die Reparationskommision gewisse Anforderungen sehr weitgehender Art an Deutschland herleitet. Das ist begreiflich, aber es ist nicht verwunderlich. Als über das Ultimatum beraten wurde, haben wir die schwere Besorgnis gehabt, daß sehr bald auf die Annahme des Ultimatus der Kurs der deutschen Mark, der vorher in einen gewissen Gleichgewichtszustand gekommen war, wieder ins Rutschen kommen würde. Damals ist uns von Regierungsseite erklärt worden, das sei eine Täuschung; die Annahme des Ultimatus werde eine solche Entlastung der ganzen Welt bedeuten, auch in wirtschaftlicher Beziehung, daß dann eine Hebung des Marktkurses die notwendige Folge sein werde. Unserer Besorgnis gegenüber ist damals das mir unbegreifliche Wort von dem „Fettpolster an Devisen“ gesprochen worden, das wir uns anschaffen könnten, (hört! hört! rechts) das uns in den Stand setzen würde, uns gegen diese Gefahren zu panzern.

Meine Damen und Herren! Wie ist die tatsächliche Entwicklung? Der Kurs der Mark in amerikanischem Dollar stellte sich am 26. April auf 64,7 Mark pro Dollar. Es ist dann allerdings eine vorübergehende Besserung eingetreten, wie das natürlich war. Als das Ultimatum unterzeichnet war, fanden sich natürlich Leute, die vorher à la baisse spekuliert hatten und jetzt rasch zur Deckung griffen. Es trat eine Besserung ein bis auf 58 Mark pro Dollar. Aber wie ist heute der Kurs? Heute ist er  $74\frac{1}{2}$  bis  $74\frac{3}{4}$ , (hört! hört! rechts) schlimmer als er seit langer Zeit gestanden hat. Man hat das dadurch zu erklären gesucht, daß man sagte, die Alliierten hätten die Torheit begangen, daß sie die Zahlung ausschließlich in Dollars verlangt hätten. Es würde eine Erleichterung eintreten, wenn auch die Zahlung in französischen Franken und englischen Pfund Sterling zugelassen würde. Gewiß liegt darin etwas; aber es trifft nicht den Kern der Sache. Wie wenig das der Fall ist, mögen die Herren aus der Kursentwicklung des Pfund Sterling und des französischen Franken am Berliner Markte ersehen.

Am 26. April stand das Pfund Sterling in Berlin auf 255 Mark, nach dem Kurse von gestern abend auf 277 Mark. (Hört! Hört! rechts.) Der Kurs auf Paris stand

am 26. April auf 481,50, heute steht er auf 594,40 Mark. (Hört! Hört! rechts.) Die Steigerung des französischen Franken ist stärker als die Steigerung des amerikanischen Dollars. Deswegen wird die Hoffnung, hier mit devisentechnischen Mitteln eine Entlastung zu bewirken, indem man statt Dollars Pfund Sterling und Franken kauft, täuschen. In dem Kurse unserer Mark drückt sich die Möglichkeit aus, das Ultimatum zu erfüllen. Das Herabgehen des Kurses deutet das Herannahen einer Krisis an, die ich als die Krisis der Erfüllung bezeichnen möchte. Diese Krisis kommt erheblich schneller heran, als die meisten im deutschen Volke glauben. (Sehr wahr! rechts.)

Meine Damen und Herren! Es ist mir vorhin zugerufen worden, ich solle zeigen, auf welchem Wege das Ultimatum erfüllt werden kann. (Sehr richtig! links.) Ich gebe Ihnen jetzt die Antwort. Ich sage Ihnen dasselbe, was wir Ihnen nicht aus Uebermut, nicht aus nationalistischem Geiste heraus, sondern aus schwerer, peinlicher, sorgfältiger, gewissenhafter Ueberlegung vor der Annahme des Ultimatus gesagt haben: Das Ultimatum ist nicht erfüllbar. (Sehr wahr! rechts.) Es wird niemand die Möglichkeit finden, dieses Ultimatum zu erfüllen, weder Sie, noch ich, noch irgendjemand! (Sehr richtig! rechts.) Der Weg, den jetzt der Herr Reichskanzler vorschlägt — das haben wir vorhin an den Zahlen gesehen, die Sie (zum Reichskanzler gewendet) uns gegeben haben — auch dieses gigantische Steuerprogramm, das über die Kraft des deutschen Volkes weit hinausgeht, auch dieses Programm erfüllt das Ultimatum nicht. Von den 155 Milliarden Papiermark Ausgaben bleibt immer noch ein Defizit von 75 Milliarden.

So stehen die Dinge!

Lassen Sie mich über dieses Steuerprogramm, Herr Reichskanzler, ohne daß ich mich auf Einzelheiten einlasse, kurz ein Wort abfragen.

Auch Sie werden nicht bestreiten wollen, daß dieses Steuerprogramm nicht nur den Jahresertrag der deutschen Volkswirtschaft erfaßt, sondern weit darüber hinaus in die Substanz des deutschen Volksvermögens eingreift. (Sehr richtig! rechts.) Das geht schon aus Ihrem — ich will nicht kritisieren, sondern nur Tatsachen feststellen — Gedanken hervor, daß jetzt nach der Kriegsbesteuerung des Vermögenszuwachs — ich weiß nicht, ob ich sagen soll, in der Form einer Friedens- oder Nachkriegssteuer — der Vermögenszuwachs seit dem Notopfer erneut besteuert werden soll. Dieser Vermögenszuwachs ist bei der deutschen Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit einfach nicht da. Er konnte im Krieg nicht da sein. Der Krieg zehrt. Er konnte im Krieg nicht da sein, da konnten wir eine Finanzpolitik des Reichs machen, wie wir sie wollten. Ein Ver-

mögenszuwachs der deutschen Volksgesamtheit ist auch jetzt im sogenannten Frieden nicht da; kann auch nicht da sein, weil wir keinen wirklichen Frieden haben. Der Vermögensschwund, die Schwindsucht des deutschen Volksvermögens geht weiter. Was heute als Vermögenszuwachs erscheint — abgesehen von seltenen Ausnahmefällen —, ist ein Zuwachs, gesehen durch das Verierglas der Geldentwertung. (Sehr richtig! rechts.) Herr Reichskanzler, ich will einmal radikaler sein, als Sie sein wollen, in der Theorie selbstverständlich — in der Praxis sind Sie ja radikaler als ich, darüber sind wir uns einig, — ich will nur demonstrand *causa* radikaler sein, als Sie selbst. Ich will einmal annehmen, Herr Reichskanzler, Sie wollten jetzt den gesamten Scheinzuwachs hinwegsteuern, namentlich auch den Zuwachs, den Sie auf die Realwerte berechnen. Was heißt das anders, als es darf in Deutschland zukünftig, in Papier ausgedrückt, niemand ein größeres Vermögen besitzen, als er am 1. Januar 1914 Vermögen besessen hat, in Gold ausgedrückt. Es darf also niemand ein Vermögen besitzen, das dem Realwert nach mehr als der fünfzehnte Teil seines früheren Vermögens ist. (Sehr richtig! rechts.)

Da sich das Volksvermögen aus den Vermögen der Einzelnen zusammensetzt, heißt das, daß das Gesamtvermögen der deutschen Volkswirtschaft heruntergedrückt wird auf den fünfzehnten Teil seines früheren Vermögens. Damit kann das deutsche Volk nicht nur nicht arbeiten, sondern damit kann es auch nicht leben. (Sehr richtig! rechts.) Sie holen die Steuern aus der Substanz heraus; sie essen die Substanz auf; nicht wie ein Butterbrot, gewiß nicht, obwohl auch im Innern manches von dieser Substanz verzehrt wird, was erhalten bleiben müßte. Was geschieht mit der Substanz, die Sie erfassen? Der ganze Zweck ist: Zahlen an die Entente! Herr Reichskanzler, Sie haben ja selbst in Essen ein Wort gesagt, von dem ich Ihnen wünschte, daß Sie es im Interesse des deutschen Volkes wahrmachen könnten. Sie haben gesagt: „für mich ist der Gedanke geradezu unfaßbar, daß wir deutsche Substanz, deutsches Vermögen nach dem Auslande verlieren sollten, um uns über ein paar Jahre hinüberzuretten.“ Aber Herr Reichskanzler, wenn Sie im Amt bleiben, und wenn Sie der Meinung bleiben, Sie könnten das Ultimatum durchführen, wenn Sie es wirklich durchführen wollen, dann werden Sie, ob Sie wollen oder nicht, die Substanz des deutschen Volkes Schritt für Schritt, Monat für Monat, Jahr für Jahr in die Hände der Entente überführen. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Das ist unvermeidlich! Wie sollen die Leute einen Teil der Realwerte abgeben? Mit dem Grund und Boden, mit den Maschinen, mit den Gebäuden ist nicht gedient. Sie sollen sie veräußern, vielleicht an das

Reich. Ich weiß nicht, ob das Reich wieder auf den Gedanken der Reichsvermögensbank zurückkommen will. Auch das würde nichts nützen. Wenn das Reich keine solchen Veranstaltungen trifft, würde der Zustand eintreten, daß die Besitzer der Realwerte, daß diejenigen, die in Deutschland nicht nur produktives Vermögen besitzen, sondern mit diesem produktiven Vermögen arbeiten, und Güter erzeugen — — (Zurufe von den Sozialdemokraten: die andern arbeiten lassen!) — Jawohl, arbeiten und arbeiten lassen! — Ich weiß nicht, Herr Bernstein, ob Sie den Zwischenruf gemacht haben. Ich hätte Sie für ernsthafter gehalten. (Zurufe von den Sozialdemokraten: Nein, nicht Bernstein.) Ich denke, die Stunde ist wirklich so ernst, daß Sie mich — ich weiß nicht, wer der Herr war — mit solchen wirklich abgegriffenen Zurufen verschonen können. — Ich komme auf den Faden zurück und sage:

Herr Reichskanzler, in diesem Augenblick, wo eine Besteuerung Platz greift, wie Sie sie angekündigt haben, wird es in Deutschland, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die es verstehen werden, durch irgendwelche Maschen Ihres Steuernezes hindurchschlüpfen, nur noch Verkäufer unserer Realwerte und keine Käufer mehr geben. Die Käufer werden die Ausländer sein. Das Ausland wird kommen und wird die Realwerte — ich möchte nicht einmal sagen für ein Butterbrot, sondern für ein Stück trocken Brot uns abkaufen, die Realwerte, die wir auf den Markt werfen müssen, um die Steuern zu bezahlen, die Sie verlangen. Auf diesem Umwege werden Sie durch Ihre Besteuerung die Vermögenssubstanz, die Realwerte, die Produktivmittel des deutschen Volkes in die Hände der Entente überführen. (Sehr wahr! rechts.) Daraus werden alle die Konsequenzen entstehen, die bei den Beratungen über die Annahme des Ultimatums auch auf der Linken anerkannt worden sind, und, wie ich annehme, heute noch anerkannt werden. Meine Damen und Herren! Ich habe manchmal den Eindruck — ich will nicht verallgemeinern —, aber aus einzelnen Äußerungen der Linken habe ich doch manchmal den Eindruck, daß es dort Leute gäbe, die mit einer gewissen Schadenfreude diesem ungeheuren Schicksal zusehen würden, (Zurufe und Widerspruch bei den Sozialdemokraten) die sagen würden: jetzt haben wir die Leute, die Besitzer von Realwerten in der Zange, und jetzt kommt auf diesem Wege die große soziale Enteignung. (Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.) Meine Damen und Herren! Das erinnert mich an diejenigen, die über den Niederbruch des deutschen Militarismus triumphiert und dafür jetzt den Ententemilitarismus bekommen haben! (Lebhafte Zustimmung rechts.) Sie werden mit dieser Steuergesetzgebung den sogenannten Kapitalismus, d. h. das deutsche produktive Volksvermögen, zerstören. Sie werden es

in die Hände der Entente überführen, und sie werden mit dieser sogenannten Sozialisierung, mit dieser Expropriation — — (lebhaftes Zurufe von den Sozialdemokraten: Phantasie!) Sehen Sie doch in Ihrem eigenen Blätterwalde nach, Herr Abgeordneter Müller, dann werden Sie mit Ihren Zurufen vorsichtiger sein! — Mit dieser Expropriation — denn eine Expropriation ist es — werden Sie den Kapitalismus nicht beseitigen, sondern Sie werden alle die Fehler, die der Kapitalismus wie alle menschlichen Einrichtungen an sich hat, kumulieren, steigern durch die Fremdherrschaft. (Sehr richtig! rechts.) Das ist das Schicksal, das Sie dem deutschen Volke bereiten werden! (Zurufe links.)

Nun komme ich zum Schluß. (Wiederholte Zurufe von den Sozialdemokraten: Was tun?! — Darauf habe ich die Antwort vorhin schon gegeben! — (Widerspruch.) Ich habe vorhin bereits erklärt: Das Ultimatum ist nicht durchführbar, und weder ich — — (erneute Zurufe von links) — lassen Sie mich doch weiterreden, ich bin ja gleich am Ende! — weder ich, noch ein anderer kann irgendein Mittel angeben, wie das Ultimatum durchgeführt werden kann. Es gibt kein Mittel der Erfüllung! (Erneute Zurufe links.) Aber ich sage folgendes: Ich stimme gewissen Ideen, wie sie von der Regierungsbank, von den Persönlichkeiten der Regierung in letzter Zeit ausgesprochen worden sind, durchaus bei: das Schicksal Deutschlands ist nicht nur das Schicksal Deutschlands, sondern das Schicksal Europas und darüber hinaus das Schicksal der zivilisierten Welt! (Lebhaftes Zustimmung.) Wir haben alles Interesse daran, daß das begriffen wird, alles Interesse daran, daß die Unausführbarkeit des Ultimatus in Deutschland, aber auch draußen in der Welt begriffen wird. (Lebhaftes Zustimmung.) Der Weg der Rettung des deutschen Volkes ist nicht das Programm der Erfüllung, sondern dieser Weg ist die Revision des Ultimatus, die Befreiung vom Ultimatum. (Erneute lebhaftes Zustimmung rechts. Erregte Zurufe links.) Sie können sich beruhigen! Sie brauchen nicht zu fürchten, ich würde gleich ein Maschinengewehr aus meiner Westentasche ziehen! (Heiterkeit rechts.) Ich habe keines! So töricht, wie Sie denken, bin ich denn doch nicht! Aber, meine Damen und Herren (nach links), helfen Sie an dem mit, was wir tun müssen, um zur Revision des Ultimatus zu kommen, um das deutsche Volk zu retten! Aber nicht mit solchen Szenen, wie Sie sie vorhin aufgeführt haben und wie Sie sie stets gerne auführen, wenn jemand hier vor Sie tritt und die Wahrheit sagt. (Erneute Zurufe links. Zuruf von den Deutschen Demokraten: Da haben Sie schuld gehabt!) Meine Damen und Herren, helfen Sie bei dem, was wir tun müssen, bitte mit, indem auch Sie überall, wo Sie können, jeder in

seinem Kreise, jeder zu denen, zu welchen er Beziehungen hat, die auf ihn hören, darauf hinweist, wie undurchführbar das Ultimatum ist, und in wie naher Zeit wir in die Erfüllungskrisis hineinkommen!

Und damit wende ich mich noch einmal an die Regierung. Meine Damen und Herren! Diesem Bestreben, dahin zu wirken, daß die Welt einsieht, das Ultimatum ist eine Unmöglichkeit, kann nur dann draußen in der Welt die Bahn gebrochen werden, wenn zu allererst das deutsche Volk das einsieht und sich dazu bekennt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Aber dagegen richten Sie einen Damm auf, wenn es vorkommen kann, daß hier von Regierungsseite erklärt wird: das Ultimatum ist erfüllbar, wir können erfüllen, wenn wir nur wollen! — Das ist das Gegenteil der Politik, die richtig ist. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Und es ist auch das Gegenteil der Wahrheit! Herr Reichskanzler! Ich richte an Sie den Appell: Unterlassen Sie solche Aeußerungen und sorgen Sie dafür, daß von jedem Mitglied der Regierung in Zukunft solche Aeußerungen unterlassen werden. Ich bin fest überzeugt, es gibt niemand auf der Regierungsbank, es kann niemand auf der Regierungsbank geben, der im Ernst glaubt, daß das Ultimatum auf irgendwelche längere Dauer erfüllbar sei. Aber Sie glauben in Taktik machen zu müssen, zugunsten des deutschen Volkes, indem Sie das Ultimatum als erfüllbar hinstellen. Diese Taktik ist grundfalsch, ist grundverkehrt! Meine Herren von der Regierung, sagen Sie die Wahrheit! Das ist die beste Taktik! Das ist die einzige Rettung! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts. Erregter Widerspruch und vereinzelt Zischen links. Wiederholte lebhafte Bravourufe rechts. Andauernde Zurufe von den Sozialdemokraten und auf der äußersten Linken: Wo bleiben die Steuerpläne?! Erneuter Beifall und Händeklatschen rechts. Andauernde große Unruhe links und Zurufe: Urtonne.)

Im unterzeichneten Verlage erschien:

## **Helfferrich**

### **Reden und Aufsätze aus dem Kriege**

Mit dem Porträt des Verfassers in Kupferdruck.

Preis 5,- Mark broschiert

Die Reden, die Verfasser als Staatssekretär des Reichsschatzamts und später als Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers gehalten hat, sind für den Beobachter der Gegenwart wie für den Historiker der Zukunft wertvolle und unentbehrliche Dokumente dieses an Größe wie an Leid unerreichten Abschnitts der deutschen Geschichte.

---

## **Deutschlands Volkswohlstand 1888—1913**

mit einem Anhang

Die Verteilung des Volkseinkommens in Preußen

7. Auflage

Preis 2.— Mark

Aus dem Vorwort: Nur das eine läßt sich sagen, daß im Kriegsverlauf die wirtschaftliche und finanzielle Rüstung Deutschlands alle Erwartungen, die aus der Darstellung des Verfassers gezogen werden konnten, in vollem Umfang gerechtfertigt hat.

---

## **England und wir**

Rede über Wirtschaftskriege und Wirtschaftsfrieden  
gehalten von

Staatsminister **Dr. Helfferrich**

am 16. III. 1918

3. Auflage

Preis 60 Pfennig

---

## **Die Entstehung des Weltkrieges**

im Lichte der Veröffentlichungen der Dreiverbandsmächte  
von

**Dr. Karl Helfferrich**

6. Auflage

Preis 30 Pfennig

---

**Berlin NW.7    Georg Stilke Verlag**

# Der Aufbau der Bezirkswirtschaftsorganisation

Materialsammlung

zusammengestellt im Reichswirtschaftsministerium.

Inhalt: Vorbemerkung: I. Die bestehenden und geplanten bezirksmäßig eingeteilten Wirtschaftsorganisationen; II. Die Probleme für die Bildung regionaler Wirtschaftsorganisationen. Schlußbemerkung: Bezirkswirtschaftsrat und Reichswirtschaftsrat. Anlage: Der Aufbau der Arbeiter- und Wirtschaftsräte gemäß § 165 der Reichsverfassung.

Preis 4,50 Mark.

---

## Abschreibung

von

**Emil Schiff**

techn.-wirtschaftl. Sachverständiger.

Inhalt: 1. Wirtschaftliche Bedeutung der Abschreibungsfrage, Abschreibung wegen Geldentwertung; 2. Entwertungsursachen, Abschreibungsgrundlagen; 3. Abschreibungsverfahren; 4. Außerordentliche Abschreibungen, freiwillige Abschreibungen; 5. Aenderung der gesetzlichen Bewertungsvorschriften.

Preis 3,— Mark.

---

## Der Steuerfeldzug gegen die Kriegsgewinner

und sein voraussichtliches Ergebnis nebst Ausblicken  
auf die Fortführung unserer Steuergesetzgebung

von

**Dr. jur. O. Bühler**

a. o. Professor des öffentlichen Rechts an der Universität München.

Die Schrift deckt große Fehler in der Gesetzgebung und schwere Unzulänglichkeiten in der Tätigkeit des Reichs-Finanzministeriums auf. Sie weist nach, wie gelinde Handel und Gewerbe sowohl als Landwirtschaft bei den neuen Steuern wegkommen und wie unerbittlich dagegen die Festbezahlten von ihnen erfaßt werden.

Preis 8,— Mark.

---

Berlin NW. 7 Georg Stilke Verlag

# Schriftenreihe der Preussischen Jahrbücher

Nr. 3

## Die Zukunft der oberschlesischen Wirtschaft

eine Kritik der polnischen Propaganda

Von **Dr. Walther Schotte**

Herausgeber der Preussischen Jahrbücher

Mit 2 farbigen Karten

I. Die polnische Propaganda. II. Mißbrauch deutscher Denkschriften durch die polnische Propaganda. III. Oberschlesiens geographisch-wirtschafts-politische Lage. IV. Das oberschlesische Kohlenproblem. V. Die oberschlesische Erzversorgung, noch eine polnische Polemik gegen Reynes. VI. Die oberschlesische Roheisenproduktion in ihrem Verhältnis zu Deutschland und Polen. VII. „Wer ernährt Oberschlesien.“ VIII. Oberschlesiens Import und Export. IX. Der Organisationszusammenhang der oberschlesischen und deutschen Wirtschaft. X. Deutschlands Anspruch auf ein ungeteiltes Oberschlesien.

Preis 12,— M.

---

Soeben gelangt zur Ausgabe

## Die wirtschaftsgeographischen Grundlagen der oberschlesischen Frage

von

**Professor Dr. Wilhelm Volz**

Geheimer Regierungsrat

Direktor des Geographischen Instituts der Universität Breslau

Mit zahlreichen Abbildungen im Text und 5 Karten

Inhalt: Einleitung. I. Die geographische Lage Oberschlesiens. II. Die wirtschaftliche Struktur Oberschlesiens. III. Die völkische Struktur Oberschlesiens. IV. Der polnische Imperialismus von Prof. Dr. M. Lambert.

8<sup>o</sup> 91 Seiten

Preis 10,— M.

---

**Berlin NW. 1. Georg Stille Verlag.**

M 1.10

In zweiter Auflage erschien

# Die oberschlesische Frage und das deutsche Kohlenproblem

von **Sidney Osborne**

Berechtigte Übersetzung von **F. v. Holtendorff.**

Das Werk eines gerechten Amerikaners. Osborne weist schlagend nach, daß Oberschlesien eine unteilbare Einheit und unlösbar verwachsen ist mit dem schlesischen und deutschen Wirtschaftskörper.

Zwei Teile in einem Bande geb. M. 22,50

## Preußische Jahrbücher

Begründet von **R. Haym**, fortgeführt von  
**Heinrich v. Treitschke** und **Hans Delbrück**  
Herausgeber: **Dr. Walther Schotte**

Band 185, Heft 1

Juli 1921

Aus dem Inhalt:

- Georg von Below, Die Hemmnisse der politischen  
Befähigung der Deutschen und ihre Beseitigung
- Siegfried Kähler, Das preußisch-deutsche Problem  
seit der Reichsgründung /
- Hermann Bahr, Goethebild /
- Heinz Heimsoeth, Gott und Welt; Die Einheit  
der Gegensätze /
- Albert Hellwig, Frauen als Strafrichter /

Durch jede Buchhandlung sowie die Post zu beziehen  
Preis pro Vierteljahr M. 22,50 \* Einzelheft M. 8,30

**Berlin NW. 1**  
Dorotheenstraße 66/67.

**Georg Stille, Verlag**